

Arbeiter-Zeitung

Parteiblatt der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Bezugspreise: Einzelnummer 25 Pf. Durch Austräger 1,40 Mk. für die Woche, 7,10 Mk. für den Monat. Durch die Post 0,10 Mk. für den Monat. Postbezeichnung: Nr. 23485 „Sozialistischer Verlag & G. m. b. H.“, Breslau. Fernsprechnummer: Ring Nr. 8837.

Wittwoch, 4. Mai 1921

Anzeigenpreise: Die 8gepartete Millimeterzelle oder deren Raum 0,60 Mk., auswärts 0,90 Mk. Stellen- und Wohnungsangebote, Familiennachrichten, Verzeichnisse und Veranlassungs-Anzeigen 0,40 Mk. Reklame: Die Millimeterzelle, 3 gezeilt oder deren Raum im Text 8.- Mk.

Der Kampf gegen die „Schlesische Arbeiter-Zeitung“.

Sogar das Sezer-Personal soll verhaftet werden.

Der Kampf gegen die „Schlesische Arbeiter-Zeitung“ wird seitens der Behörden fortgesetzt. Nachdem die 1. Mai-Ausgabe beschlagnahmt und unser verantwortlicher Redakteur „wegen Fluchtverdacht“ verhaftet worden war, hat jetzt das Amtsgericht Breslau folgenden Beschluß gefaßt:

„In der Strafsache Becker wird dem Antrage der Staatsanwaltschaft Breslau vom 1. Mai, entsprechend die Beschlagnahme der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung“ Nr. 98 vom 1. Mai auf Grund der §§ 85 und 130 Str.-G.-B. befähigt, da die meisten Artikel, besonders „Kampf-Mai 1921“, „Soll es beim Proteststreik bleiben“, der Aufruf der Reichsgewerkschaftszentrale der UAWD. und „Der erste Mai der Jugend“ Verstoße gegen §§ 85 und 130 Str.-G.-B. enthalten.“

Aber nicht genug damit, hat auch Herr Lys den Drucker unserer Zeitung aufgesucht und ihm und dem gesamten Sezerpersonal sofortige Verhaftung angedroht, wenn sie fernerhin „durch Rat und Tat“ Beihilfe zum Druck der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung“ leisten.

Gegen eine solche außerordentlich ungewöhnliche Androhung hat das Sezerpersonal sofort Stellung genommen und eine Kommission zur Polizei geschickt. Dort wurde ihnen nur noch einmal bedeutet, daß sie sich der Beihilfe zur Aufreizung schuldig machen, wenn sie solche Artikel setzen und drucken, die „zum Verbrechen auffordern“.

Eine solche Maßnahme stellt allerdings etwas noch nie Dagewesenes in der Praxis der Handhabung der Gesetzgebung dar. Es muß schälim bestellt sein um die Sicherheit der gegenwärtigen Macht, wenn sie schon zu solchen

Mitteln greifen müssen. Gegenüber solchen Methoden mutet es dann recht eigenartig an, wenn der Vertreter der Polizei auf den Einwurf unseres Redakteurs, dann solle man doch die „Schlesische Arbeiter-Zeitung“ überhaupt ganz verbieten, antwortete, daß man dazu kein Recht habe.

So schlägt man den bequemeren Weg ein, durch den man sich in der Öffentlichkeit nicht so bloßstellen braucht und sucht den unbequemen Klassenfeind durch diese systematische Chikanen unschädlich zu machen.

Das Sezerpersonal hat nun bei der Oberstaatsanwaltschaft einen Protest eingereicht, der auf die schweren wirtschaftlichen Schäden hinweist, die die Folge einer Betriebsstilllegung oder gar der Verhaftung von Sezerpersonal sein würden.

Vom Staatsanwalt wird eine Annullierung der arbeiterschädlichen Androhungen des Kommissars Lys verlangt.

Infolge dieser Chikanen und da sich der Drucker weigerte, die Arbeiterzeitung nicht eher zu drucken, als bis ihm und seinem Personal Straffreiheit zugesichert sei, war es unserem Verlag nicht möglich, die Zeitung heute im gewohnten Umfang herauszubringen und unsere Leser werden gebeten, sich für heute einmal mit zwei Seiten Text zu begnügen.

Gegen diese polizeilichen Maßnahmen aber, die eine schwere Knebelung der Pressefreiheit bedeuten und sich ebenso schwer gegen das in Arbeit stehende Druckerpersonal richten, legen wir erneut den energigsten Protest ein.

Die Behörden freilich werden mit solchen Regierungskunstküchlein nichts anderes erreichen, als daß immer mehr Arbeiter sehen, wohin der Kurs geht und was die Zukunft des deutschen Proletariats sein wird.

Ernährungsfrage und Offensivtaktik.

Seit Monaten spricht das Junkertum eine so selbstlichere und siegesbewußte Sprache, als sei sein Erdbeben im Klassenkampf sicher. Seit Monaten ist die Presse voll von Meldungen, nach denen die Junker zum Endkampf in jeder Weise rufen: militärisch, wirtschaftlich, propagandistisch. Und der Erfolg? Wo ist denn die große Attacke der Reaktion? Erschöpft sie sich nur in dem Angriff des Junkertums gegen die letzten Reste der Zwangswirtschaft?

Freilich: wer da glaubt, daß ein Vortrupp der gegenrevolutionären Front eine Offensive nach dem Zuschnitte eines Kapp-Putsches machen würde, hat die wirtschaftliche Situation nicht begriffen. Die Gegenrevolution hat aus jenem Putsch mehr gelernt, als weite Teile des Proletariats. Die Scheinsozialisten haben der Bourgeoisie alle Nachmittel gelassen oder gar gegeben, deren sie in ihrem Interesse bedarf. Die Landarbeitersordnung, das Betriebsrätegesetz, die Weimarer Verfassung, das Strafgesetzbuch vom Jahre 1871: was sind das für prächtige Handhaben, um das Proletariat in jeder Form zu bezwingen. Gestützt auf diese staatlichen Sanktionen ist das Junkertum zur Offensive übergegangen, in dem Bewußtsein, politisch und wirtschaftlich unangreifbare Positionen zu besitzen. Der Kampf gegen die Machtpositionen des Junkertums ist aber für das Proletariat nicht nur von politischem Interesse, sondern in gleicher Weise von wirtschaftlichem. Denn daß das Junkertum versucht, die Landarbeitersmassen zu verwirren und zu spalten, die Bauernmassen zu seinem Heerbanne zu schlagen, die Staatsmaschinerie immer fester in die Hand zu nehmen, ist immer nur erst die eine, die politische Seite des Kampfes.

Die andere, mindestens gleich wichtige, ist die Tatsache, daß das Junkertum als Inhaber der agrarischen Großbetriebe, d. h. als hauptverantwortlich für die Ernährung des gesamten Volkes, seit Jahren die landwirtschaftliche Produktion systematisch sabotiert. Das Mittel dieser Sabotage, die Extensivierung — geringer Verbrauch an Kunstdünger und Maschinen, Brachliegen von Ackerflur, Entlassung von Landarbeitern — ist ebenso bekannt, wie seine Folgen: Milliardenausgaben des Staates — auf Kosten des Proletariats — für Einfuhr von Getreide, völlig unzureichende Versorgung der Städte mit Brot, Fleisch und Milch.

Daß nicht nur aus politischen und finanziellen Gründen, sondern auch deswegen, weil die Agrarproduktion der Ueberseeländer eingeschränkt werden wird, der Import von Nahrungsmitteln ein Ende haben muß, ist nur eine Frage der Zeit.

Im gleichen Moment aber wird die Aushungerung der Massen, die körperliche Verelendung einen ungeheueren Umfang annehmen. Die deutsche Agrarproduktion reicht nach amtlichen Statistiken nur etwa 40 Prozent für die Ernährung der proletarischen Massen aus!

In der letzten Nummer der „Mitteilungen der deutschen Landwirtschaftsgesellschaft“ vom 23. April 1921 spricht sich ein Herr von Förster sehr offenherzig über dieses Problem aus. Er gibt ohne weiteres die Notwendigkeit zu, die Ernährung des deutschen Volkes vom Inlandsacker zu beforsorgen; und wir wollen bemerken, daß das technisch sehr wohl möglich ist. Könnte doch der deutsche Boden nach den Berechnungen Aerobos 100 Millionen Menschen ernähren!

Herr von Förster gibt weiter zu, daß heute die deutsche Agrarproduktion viel geringer ist, als der Bedarf des Volkes. Wie aber ausgleichen? Er fragt zunächst, ob man die Bevölkerungszahl herabdrücken könne. Es gäbe hierbei zwei Möglichkeiten: Entweder Menschenexport im großen Stil, oder allmähliche Senkung der Bevölkerungsziffer durch Hunger. Den ersten Weg hält er schon rein technisch für ungangbar, den zweiten lehnt er aus „nationalen“ Gründen ab.

Also, meint er, müßte man versuchen, die landwirtschaftliche Produktion wieder zu heben. Aber ist das denn auch möglich, fragt er, rentiert sich das?

Und alsdann rechnet er vor, daß sich in der Tat eine intensive Agrarproduktion heute nicht rentiert, weder eine intensive Viehwirtschaft, noch intensiver Ackerbau. So gibt es denn seiner Meinung nach heute nur zwei Wege:

Entweder Getreidepreise von einer Höhe, die nach dem heutigen Stand der Dinge in der Tat Weltmarktpreise sind, so daß die Rentabilität gesichert wäre; oder der allgemeiner Uebergang zum extensiven Betrieb.

Ziehen wir aus dieser Situation die Konsequenzen. Der erste Weg bedeutet Verteuerung der landwirtschaftlichen Produkte und damit der Lebenshaltung des Proletariats um ein Vielfaches. Also bleibt auch dann nur der andere Weg: allgemeiner Uebergang zur Extensivierung.

Mit dem Soll ist es dann aus. Über die Grundrente ist geredet!

Nationalistische Heze in Oberschlesien.

Beuthen D.-S., 3. Mai. (WAB). Heute früh wurde das Verlagsgebäude der „Ostdeutschen Morgenpost“ von etwa 30 bis 40 Mann umzingelt, die ein regelrechtes Schnellfeuer eröffneten und später Maschinengewehre auf der Straße aufstellten. Durch Einschlagen der Türen mit Gewehrkolben verschafften sie sich Einlaß in das Gebäude, sechs Mann, darunter ein Apobeamter, bemanneten mit Gewehren und Revolvern erschienen in den Räumen und verlangten die leitenden Persönlichkeiten der „Ostdeutschen Morgenpost“ zu sprechen.

Die noch anwesenden Sezer hatten sich durch Ueberstrecken der Nachbargrundstücke bereits in Sicherheit gebracht, so daß ein sicherer Zusammenstoß vermieden wurde. Allen in dem Gebäude befindlichen Personen ist ein Entweichen zurzeit unmöglich, da das Haus vollständig von mit Gewehren bewaffneten Mannschaften umzingelt ist, die eine polnische weiß-rote Fahne entfaltet haben.

Die Ausgabe der Zeitung ist, obwohl sie zum Versand bereits fertig liegt, unter diesen Umständen unmöglich.

Auch auf dem Lande scheint es zu gären. Ein Hilferuf an den englischen Kreisinspektor wurde mit der Begründung abgelehnt, daß leider keine Mannschaften zur Stelle seien, da diese mit Tanks kurz zuvor die Kasernen verlassen hätten. Gegen 5 Uhr früh marschierten französische Truppen mit Tanks durch die Straßen. Ihr Ziel ist noch unbekannt.

Die wahren Ursachen des Streiks.

Vor einem Generalstreik in Oberschlesien.

Aus Gleiwitz wird uns gemeldet: Die Belegschaft der Königin-Luise-Grube, Zaborge, ist in der Stärke von 9000 Mann in den Streik getreten aus Solidarität mit den 400 Ausgesperrten der Gleiwitzer Grube.

Ebenso erreicht uns kurz vor Redaktionsschluß die Meldung, daß bei Beuthen die Preußen-, Castelengo- und Carstenzentrum-Gruben die Arbeit niedergelegt haben.

Die Haislarrigkeit der Unternehmer im Gleiwitzer Fall zwingt die Arbeiterschaft Oberschlesiens zur Erkenntnis, daß diesem, der nur die Offensive der Kapitalisten auf Entlassungen und Produktionsabotage einleiten soll, nur solidarisch mit vereinten Kräften, entgegengetreten werden kann.

Die Betriebsräte haben jetzt das Wort. Es muß werden, daß die Arbeiterschaft durch spontane Einzelakte die erfolgreiche Gegenwehr gegen kapitalistische Machinationen gefährdet. Es muß einheitlich gehandelt werden.

Die Teilung Oberschlesiens.

Nach einem von national-polnischer Seite in Massen formen in Verbreitung befindlichen Flugblatt, soll, wie uns mitgeteilt wird, die Entscheidung über Oberschlesien dahin ausgefallen sein, daß Pleß, Rybnik und Teile von Kattowitz polnisch werden, alle übrigen Bezirke Oberschlesiens bei Deutschland verbleiben.

Sollte das der Fall sein, dann hat sich die deutsche Bourgeoisie sicher bereits mit der Entente in der Frage der Sanktionen geeinigt. Dann behalten die deutschen Kapitalisten die meisten deutschen Hütten und Gruben Oberschlesiens. Und die Arbeiter, polnisch wie deutsch sprechende, werden an ihrem eigenen Leibe die gesteigerte Ausbeutung bald merken, denn die Kapitalisten werden nicht nur aus dem Schweiß und dem Blut der Proleten den Zins für das Ententekapital schinden, sondern natürlich auch noch ihre höchst eigenen nicht zu knappen Profite.

Angeichts dieses möglichen Doppelschlags der Lohnsklaverei haben alle Arbeiter sich durch nichts Nationalistisches verwirren zu lassen und die Front gegen alle Bourgeoisien zu richten.

Kein Bahnverkehr nach Oberschlesien.

Der Eisenbahnverkehr zwischen Hindenburg und Gleiwitz ist unterbrochen. Einzelheiten lassen sich noch nicht ermitteln. Ebenso ist der Zugverkehr von Oberschlesien nach Breslau eingestellt, angeblich weil die Eisenbahnbrücke bei Dambrau in die Luft gesprengt ist. Zurzeit, 7 Uhr früh, ist jeder Straßenverkehr unterbrochen.

Frankreich läßt marschieren.

Der französische Ministerpräsident richtete aus London eine Depesche an den Kriegsminister Barthou, in der er den Auftrag gab, die Mobilisierung des Jahrganges 1919 anzuordnen. In der Zwischenzeit werden verschiedene Kavalleriedivisionen aus französischen Garnisonen am Rhein erwartet. Dort warten sie das Ergebnis der deutschen Antwort nach den zwölf Tagen ab, um im Falle einer Nichtannahme in das Ruhrgebiet einzurücken.

Auch in England wird verhaftet.

Der Sonderberichterhalter der „Agence Havas“ meldet aus London: Man glaubt aus autorisierter Quelle zu wissen, daß die britischen Behörden gewisse Absichten der kommunistischen Partei vereitelt haben, die die gegenwärtige industrielle Krise benutzen wollte, um eine Revolution in Großbritannien hervorzurufen. Die Partei hat Flugblätter in großem Umfange mit sehr aufregendem Inhalt verteilt. Die Behörden haben eine Anzahl dieser Zettelverteiler verhaftet.

Das Junkertum ist unfähig geworden, noch irgendwelche sozialen oder wirtschaftlichen Funktionen zu erfüllen. Nicht auf die Rettung der Nation, sondern auf die Rettung seiner Grundrente kommt es ihnen heute an. Die Offensive, die heute das Junkertum gegen das Proletariat führt, ist um kein Deut anders und besser gegründet, als die verzweifeltsten strategischen Pläne der Ludendorffe und Treppe. Das Leben der breiten Massen steht auf dem Spiel — aber die Grundrente ist wichtiger.

Aufgabe der Kommunisten in dieser Situation ist es, sich mit Propaganda nicht zu begnügen, nicht nur das Proletariat über den unsäglichen Ernst der Situation aufzuklären, sondern zugleich zu sagen, wo der Rettungsweg ist und diesen Rettungsweg zu beschreiten.

Die Forderungen, die das Proletariat zur Sicherung seiner Existenz erhebt und durchkämpfen muß, sind die des offenen Briefes:

Kontrolle aller vorhandenen Rohmaterialien, Kohle, Düngemittel durch die Betriebsräte.

Wiedereröffnung aller stillgelegten Betriebe, soweit sie Bedarfsgegenstände herstellen.

Kontrolle der Verteilung, der Preise und des Verkaufs aller landwirtschaftlichen Erzeugnisse durch Güter- und Kleinbauernräte in Verbindung mit den Landarbeiterorganisationen.

Abgabe verlässlicher Lebensmittel an alle Lohn- und niederen Gehaltsempfänger (Rentenempfänger, Witwen, Waisenkinderempfangen usw.) unter Heranziehung der Konsumvereine und unter Kontrolle der Gewerkschaften und Betriebsräte.

Verbot der Entlassung von Landarbeitern ohne Zustimmung der Landarbeiterorganisationen.

Von der Erfüllung dieser Forderungen erzwingen werden muß, ist eine Lebensfrage des Proletariats. Die Erfüllung dieser Forderungen muß in gemeinsamer Front mit den Industrieproletariats herbeigeführt werden.

Politische Uebersicht.

Große kommunistische Mai-Kundgebungen in Berlin und im Reiche.

Die kommunistische Partei ist ein Kammerhaken oder eine Schere, behmen die Gegner. Aber der Verlauf des 1. Mai hat gezeigt, daß die SPD. nach wie vor von dem Vertrauen der revolutionären Massen getragen ist. Gerade die Märzschon hat nur dann herangezogen, daß die kampfschlüssigen Massen des Proletariats sich um so fester um das Banner der SPD. klammern. In Preußen ist man nicht losgerissen von der Herrschaft des kommunistischen Partei von Demonstrationen im Gelandebereich ab. Trotz aller Verfolgungen, Verhärte der kommunistischen Stimmung unter den Versammelten. Unter der Herrschaft der gewaltigen Menschenmenge geht man in Berlin die Tapferkeit des Sozialisten, dementsprechend, gar nicht als Opfer und Märtyrer der letzten Kampf- und Kämpen ist, daß nur der Sturm der deutsche Volkswirtschaft und die Eroberung der Macht durch das Proletariat ein Ausweg aus der gegenwärtigen außerordentlichen Krise ist. — Im Hinblick auf eine Wiederherstellung der SPD. im Reich ist es ein großer Erfolg, daß in der Volksbewegung die SPD. auf eine hervorragende Position vorwärts kommen konnte.

Nach im Reich sind auch die Mai-Kundgebungen der kommunistischen Partei unter dieser Beteiligung der revolutionären Massen ein Erfolg. In Berlin haben die Kundgebungen der SPD. eine hervorragende Stellung eingenommen. So zeigte sich die revolutionäre Stimmung der Massen, die immer häufiger das Bewußtsein erheben, die kommunistische und gegen die Sozialdemokratie zu kämpfen.

Kuhhandel der deutschen und französischen Kapitalisten über Oberschlesien.

Wie dem „Daily Herald“ aus Berlin berichtet wird, haben die deutschen Kapitalisten, die aus Bergbau interessiert sind, eine Verhandlung mit der letzten Regierung von Oberschlesien. Von deutscher Seite wird vorgeschlagen, daß die Provinz von 10 Prozent der Aktien der ober-schlesischen Unternehmen eingekauft wird. Ferner wünschen die Deutschen, daß die Franzosen dafür sorgen, daß — ganz gleich, was das Oberschlesien ist — die dortige Industrie auf keinen Fall in die Hände eines Sozialisten kommen. Im Falle einer Lösung der Verhandlungen zwischen Deutschland und Polen will man darauf hinweisen, daß die beteiligten Großunternehmen nicht durch Jäh und Ausfuhrbeschränkungen behindert werden. Die Verhandlungen haben bisher noch zu keinem Ergebnis geführt, weil die französischen Kapitalisten mit dem möglichen Kauf der ober-schlesischen Provinz, den man ihnen

in Aussicht stellt, nicht zufrieden sind. Aber es ist doch sehr hübsch, wie das deutsche Kapital, unachtet der nationalen Enttäuschung, immer wieder die Fäden mit Paris anzuknüpfen sucht.

Für uns wichtig ist besonders, daß die Meldung des „Daily Herald“ nur bestätigt, was wir Kommunisten unaufhörlich über das Proletariat sagten: Es war ein kapitalistischer Schwindler. Die Proletariat werden trotz der Volksabstimmung wie lebendes Vieh verpackt an den Kapitalisten, der sich das Recht, diese auszubeuten, am meisten kosten läßt.

Die Meldung enthält aber auch von neuem die bekannte Tatsache, daß die Kapitalisten der auf Oberschlesien reflektierenden „Baterländer“, mögen sie auch noch so unheimlich sein, sich doch in einem Kampf gegen die Proletariat finden.

Sie sind sich völlig einig darin, daß, „ganz gleich, was aus Oberschlesien wird, die Industrie auf keinen Fall in die Gefahr einer Sozialisierung“ kommen darf.

Das also ist der „Volksentscheid“: Der Pariser Großbankier Levy, der wahrscheinlich Oberschlesien nie gesehen hat, hat tausendmal mehr, dank seines Geldsacks, über Oberschlesien zu bestimmen, als alle lumpigen Arbeiterstimmen zusammen.

Hört es, P.P.E. und S.P.D.-Arbeiter! Und urteilt gemäß einem gesunden Menschenverstand: Hatten die Kommunisten, indem sie den Plebiszidat betrug geübt, Recht, oder Eure Führer, die nicht müde wurden, Euch vorzuführen, der Arbeiter werde durch die Volksabstimmung wirklich sein Los bestimmen?

Unabhängige Arbeiter, so sehen eure Ministergenossen aus!

In seiner letzten Rede im Reichstag, in der er zum verächtlichsten Kampf gegen die Kommunisten aufruft, hat sich der Minister Koch auch auf den unabhängigen Minister Sachsen, Lipinski, berufen. Die Stellen sind so köstlich, daß wir sie auf keinen Fall unseren Feiern vorenthalten wollen. Koch sagte:

Ich bin auch in der Lage auf die überaus energiegelichen Maßnahmen hinzuweisen, die der unabhängige Minister des Innern von Sachsen, Lipinski, getroffen hat. Um Sachsen vor dem Aufruhr freizubehalten, hat er 92 kommunistische Führer ins Gefängnis gesteckt. Das ist ein Beweis dafür, daß auch ein unabhängiger Minister, wenn er ins Amt kommt und die Verantwortung zu tragen berufen ist, die Sache mit anderen Augen betrachtet, daß er dann das Unheil nicht über ein ganzes Land hereinbrechen lassen kann.

Wie schön muß es um eine Partei bestellt sein, deren „fähigster“ Genosse von einem tüchtigen Minister gelobt wird, von einem Minister, der wegen seiner freundschaftlichen Beziehungen zur Dreyfuß sich eine besondere Berühmtheit verschafft hat.

Und diese unabhängige Partei behauptet noch immer, revolutionär zu sein und auf dem Boden des Leipziger Aktionsprogramms zu stehen!

Sondergericht Halle.

Selbst die Abwägung des Landgerichtsdirektors Krüger hat es am Sonnabend nicht über die Gefängnisstrafe von 2 Jahren 1 Monat Gefängnis herabgebracht. Es wäre jedoch falsch, anzunehmen, daß diese Entsch. und Unfug ohne weitere Berücksichtigung von Augen her zu Ende gekommen wäre. Wer da weiß, wie sehr die linksstehende Presse Halle um den Gesundheitszustand des nervösen Herrn Krüger besorgt und vor allem bemüht war, ihn zu seinem und der Gefangenen Wohl einen sofortigen Erholungsurlaub zu verschaffen, wer immer gesehen hat, wie lebhaft auch der Landgerichtspräsident sich in außerordentlich lebhaft in den Stand der Dinge und den Gang der Verhandlungen interessierte, dem wird so manches klar, der begreift sogar, daß das Gericht mit zwei Richtern begann. Der eine derselben hieß den Kaiser Hermann Kreyßhmar aus Ammerndorf, gegen den der Staatsanwalt in einer dann vertagten Verhandlung bereits zwei Jahre Gefängnis beantragt hatte. Seinen Freispruch verbat er vor allem dem Nachweis, daß ihm bereits vor der Aktion das Vertrauen der Kollegen in Kenna, sowie das Amt eines Obermanns der Vertrauensleute entzogen und er selbst aus der SPD. ausgeschlossen worden war. Dabei soll vor allem Kreyßhmar, der an seine Stelle gewählt wurde, die Hand im Spiel gehabt haben. Daß dieser Kreyßhmar „Sozialrevolutionär“ bezeichnet hatte, empfahl den Angeklagten dem Gericht offenkundig.

Der emmentypenartige Herrmann Kreyßhmar war mit anderen Kollegen aus Kenna von Sandanger, wo er Fußball spielte, nach Teutenthal gegangen. Hier wurde er in die rote Armee eingereiht und zu nach Ammerndorf genommen. Das Gericht verurteilte ihn wegen Landfriedensbruchs und Anschlusses an kommunistische Organisationen zu 1 Jahr 4 Monaten Gefängnis.

Unter der gleichen Anklage wurde der Arbeiter Otto Schmidt aus Hebra zu 9 Monaten Gefängnis verurteilt.

Er war in Schraplau eingekerkert und ebenfalls nach Ammerndorf transportiert worden. Bei der Einnahme des Dorfes fiel er in die Arme der „Defreier“.

Die Verhandlungen betr. Kenna sind nicht beendet. Die Gefangenen aus Kenna sind teils nach Wittenberg, teils nach Naumburg überführt worden; nur wenige befinden sich in den Halle'schen Gefängnissen.

Geimgelunden.

Wie dem „Vorwärts“ aus Barmen berichtet wird, ist die dortige Organisation der U.S.P. geschlossen zur S.P.D. übergetreten, so daß es dort nur noch eine sozialdemokratische Parteiorganisation gibt.

Lokales.

Breslau, den 4. Mai 1921.

Das ABC der Mieterbewegung.

So betitelt der Sekretär der Mieterbewegung eine Frey Zeitung, Charlottenburg, ein Merkblatt, aus dem wir im Interesse der gerade jetzt besonders wichtigen Mieterbewegung das Wichtigste wiedergeben:

Der Hausbesitz ist kein Verort, sondern eine Kapitalanlage, deshalb muß sich der Hausbesitzer die Entwertung seines im Laufe angelegten Kapitals genau so gefallen lassen, wie seine Hypothekengläubiger und wie die Besitzer von Wertpapieren. Wenn der Hausbesitzer einen Anspruch darauf zu haben glaubt, daß ihn seine Mieter ernähren müssen, daß er also einem Brotgewinn nicht nachzugehen braucht, dann befindet er sich in einem fundamentalen Irrtum.

Der Boden ist keine Ware, sondern ein unermehbares Naturprodukt, das durch die Vermehrung der Bewohner immer knapper, das heißt teurer wird. Dieser unerbittliche Wertzuwachs gehört der Allgemeinheit, die ihn hervorbringt hat und nicht dem zufälligen Bodeneigentümer. Die Verteilung des Bodens, die ohne eine Arbeits- oder Kapitalaufwendung auf das Grundstück entfällt, ist für die Gesamtheit nutzlos zu machen (Artikel 153, Absatz 3 der Reichsverfassung).

Privateigentum an Grund und Boden ist eine Verletzung der Allgemeinheit. Dieser jährliche (wichtig realistische) Eigentumsverlust ist die Ursache der Bodenentwertung und des Bodenwuchers.

Die Grundrente, das heißt das arbeitslose Einkommen aus dem Grundbesitz, zehrt an unserer Arbeitskraft und raubt die Erträge der Arbeit und Landarbeit auf. Sie führt zur Verelendung der Mieterbewegung und macht die Mieter zu Zinszahlern.

Das Privateigentum an Grund und Boden hat uns den Hausbesitzer bedeuert, das heißt den Mann, der jeden Mieter von „seinem“ Grund und Boden nach Willkür verjagen kann und ihn demzufolge tributpflichtig macht.

Der weitaus größte Teil der deutschen Einwohner ist unglücklich in seinem eigenen Heimatlande heimatis; er wandert „in die Fremde“ mit seiner Habe von einem Haus zum andern.

Der Mietvertrag ist infolgedessen ein Verleumdungsvertrag schlichter Art geworden. Er entzieht den Mietern zugunsten des Verleumdenden der Besitz in der Monopol.

Die Aufwendung öffentlicher Mittel zu Reparaturen und Instandhaltung darf dem privaten Hausbesitz auf keinen Fall einen Vermögensverlust zu Lasten der Allgemeinheit bringen. Um dies zu verhindern, darf keine Forderung der Zwangsverwaltung im Wohnungswesen erfolgen.

Die Wiederteile der freien Wirtschaft im Wohnungswesen liefert uns keineswegs eine Befreiung der Wohnungsnot, sondern liefert uns lediglich der neuen Geldwertverfallensmäßige Elemente aus. Mietzinssteigerungen nach etwa von 100 und 200 Prozent, sondern von 500 bis 1000 Prozent wären die unmittelbare Folge.

Eine Mietsteigerung um 500 Prozent bedeutet eine Verminderung des 100-Milliarden-Besitzes um 2,5 Milliarden um das Hundert. Diese 500 Milliarden würden aber dem Hausbesitz in die Hände fallen, der meist nur 5 bis 10 Prozent eigenes Kapital an das Haus hat.

Die Mieterbewegung aber müßte diese neue Schuld von 500 Milliarden mit ewigen Zinsen verzinsen; denn die Hausbesitzer tragen keine Hypothekenschulden nicht, auch wenn das Haus leicht verfallen ist.

Die Wohnungswirtschaft im Wohnungswesen muß — wenn wir wirtschaftlich, moralisch und psychisch wieder gerettet werden — zur Gemeinwirtschaft umgewandelt werden. Wodurch wir haben vor allem der den wirtschaftlichen Zusammenhängen oder die Wohnungswirtschaft zu erwarten.

Wer das nicht will, oder nicht etwa selbst zu jenen Augenmaßern des Zusammenbruchs gehört, der stelle sich sofort in die Reihe der organisierten Mieter, ehe es zu spät ist.

Bersammlungskalender.

Arbeiterschaft! Zur alle auf dem Boden der 3. Internationale lebenden Metallarbeiter findet Dienstag, den 10. Mai, eine Versammlung im „Blauen Schiff“, Breitenstraße, statt. Beginn 7 Uhr. Zahlreiches Erscheinen unbedingt erforderlich. Einladungsblätter liegen bereit.

Kommunistische Jugend, Gruppe Ost. Versammlung, Sonntag, den 7. Mai, um 8 Uhr, im „Blauen Schiff“, Breitenstraße, nach dem Leben.

District 3a. Freitag, den 6. Mai, abends 7 1/2 Uhr, im „Blauen Schiff“, Breitenstraße 11. Tagesordnung: Referat: Hauswahlen. Versammlung.

District 6. Freitag, den 6. Mai, abends 7 1/2 Uhr, bei Schmidt, Dübenerstraße 50, Zutrittskarte erforderlich. Referat: anwesend. Alle Genossen müssen zur Stelle sein.

Herausgeber: „Sozialistischer Verlag e. V. m. b. H.“ Verantwortlich für den gesamten Inhalt: Eusebius Wagner, für Inserate: Sozialistischer Verlag e. V. m. b. H. Druck: Buchdruckerei B. v. L. & Co. in Breslau.

Stadttheater.

Sommer 1. u. 2. Märquise.

Oper-Theater.

Die Märquise von Aris.

Oper-Theater.

Sans Souci-König.

Oper-Theater.

Die Königin von Aris.

Händler! Hausierer!

Jede Dame

Schönheitsmittel

Clara Fuhrmann

Aernseite

Lippert, Ost. Mein,

Luna Park
Königliche Hoftheater

Der gute Hennig-Creme
überall erhältlich
H. Hennig, Unterwiche 5/6.

Jeder Leser

kauft nur in den Geschäften,
die in der
„Schlesischen Arbeiter-Zeitung“
inserieren.

Was wollen die Kommunisten

U. Th. „Die Kommunisten wollen putzen!“ schreit Hilferdings „Freiheit“ in den höchsten Fiskellönen. Es ist nicht erst seit heute, daß die Unabhängigen das demagogische Geschrei von Putzschismus erheben, wenn die Gefahr droht, daß die Arbeiterklasse in Aktion tritt. Seitdem ihr Paul Levi mit seinem Stichwort zu Hilfe gekommen ist, leiert sie tagsaus, tagein das Lied vom Putzschismus herunter. Es ist dies reine Demagogie. Aber die Ereignisse selbst, der furchtbare Ernst der Lage, in der das deutsche Proletariat sich befindet, wird — dessen sind wir sicher — die unabhängig-sozialdemokratischen Arbeiter veranlassen, ihre Führung zu fragen, was sie abgesehen von derartigen demagogischen Redensarten den Arbeitern zu sagen hat. Wir schätzen die unabhängigen Arbeiter immerhin höher ein, als daß wir annehmen, daß sie darauf verzichten werden, von ihrer Partei eine ernste politische Antwort auf die zur Entscheidung stehenden Fragen zu verlangen. Wir werden dafür sorgen, daß die unabhängig-sozialdemokratischen Arbeiter selbst darüber urteilen, ob das, was die Kommunisten in dieser Situation wollen, ein Putz ist oder ein Appell, der die gesamte Arbeiterklasse angeht.

Was wollen die Kommunisten?
Wir wollen, daß die Arbeiterschaft in dieser ungeheuren Krise einen eigenen Willen habe, daß sie sich nicht mit geschlossenen Augen hinter der Bourgeoisie her in den Abgrund jagen läßt. Wir wollen und wir erwarten, daß die deutschen Arbeiter weder als blinde Herde sich in neue imperialistische Kriegsabenteuer stürzen lassen, noch, daß sie sich geschlossenen Auges an die Ententebourgeoisie verschauern lassen. Wir rufen den deutschen Arbeitern zu: Zieht endlich den Schluß aus dem Bankrott der deutschen Bourgeoisie, sucht aus eigener Kraft den Ausweg.

Zur Entscheidung steht die Frage Oberschlesiens und die Frage der Wiedergutmachung. In Oberschlesien ringt das polnische Proletariat gleichzeitig um seine Befreiung aus nationaler Unterdrückung und um sozialer Verklammerung. Auf der einen Seite ist es die polnische Konterrevolution, die diese Lage für sich ausnützt, um auf imperialistische Abenteuer auszugehen. Auf der anderen Seite ist es die deutsche Konterrevolution, die schon zum Schlage gegen Oberschlesien ausholt. In dieser Situation bedarf die Arbeiterschaft einer klaren Entscheidung. Sie muß wissen, was sie will, sie muß vor allem begreifen, daß sie etwa wollen kann. Die Dinge in Oberschlesien sind über das Stadium hinaus, wo es sich um die bloße Formalität einer Abstimmung handelte. Jetzt wird um die wirkliche Entscheidung in Oberschlesien gekämpft, und die deutsche Arbeiterklasse muß Stellung nehmen. Sie muß Stellung nehmen, nicht durch bloße Worte, sondern durch aktives Eingreifen.

Wem soll Oberschlesien gehören?
Die Entscheidung, auf die das revolutionäre Proletariat hinwirken muß, ist klar. Sie kann nur dahin lauten, daß die Entscheidung über Oberschlesien endgültig nur fallen wird mit der Entscheidung über die proletarische Revolution in Polen und in Deutschland. Das polnische Proletariat Oberschlesiens wird sich naturge-

mäß dann der polnischen Räterepublik anschließen. Die deutsche Arbeiterbevölkerung Oberschlesiens wird für die deutsche Räterepublik entscheiden, und das engste Bündnis beider Räterepubliken in politischer und wirtschaftlicher Beziehung wird die Schwierigkeiten aus dem Wege räumen, die unter der Herrschaft der Bourgeoisie hüben und drüben unüberwindlich sind.

Heute aber ist die Frage so gestellt, ob das Proletariat Oberschlesiens unter die Fuchtel der deutschen oder die Fuchtel der polnischen Konterrevolution kommen soll. Heute ringen bereits die polnische und die deutsche Konterrevolution auf dem Boden Oberschlesiens um die Herrschaft, und da kann es für den revolutionären Proletarier Deutschlands nur eine Entscheidung geben: **den Kampf gegen die deutsche Konterrevolution, wie für den polnischen Proletarier die Entscheidung lauten muß: Kampf gegen die polnische Konterrevolution.**

Wenn heute Reichsmehr und Weiße Freikorps nach Oberschlesien strömen, so ist das deutsche Proletariat verpflichtet, sich diesem Krieg der Konterrevolution mit aller Energie entgegenzusetzen, und zwar nicht nur um des polnischen Proletariats willen, sondern ebenso sehr um seiner selbst willen. Die weißen Truppen, die in Oberschlesien das polnische Proletariat niederzuschlagen, werden sich unfehlbar auch gegen das deutsche Proletariat wenden.

Andererseits ist es für das deutsche Proletariat völlig unmöglich, zu sagen, daß Uebergriffe des polnischen Imperialismus es nichts angehe. Wir wissen, daß hinter den polnischen Freischaren in Oberschlesien die polnische Armee in großer Stärke aufmarschiert. Es läßt sich voraussehen, daß die polnische Reaktion sich nicht damit begnügen wird, die Gebiete zu besetzen, die unzweifelhaft von polnischer Bevölkerung bewohnt sind, sondern, daß sie in Verbindung mit Frankreich versuchen wird, auf deutsches Gebiet überzugreifen. Und da sagen wir den deutschen Proletariern: **Ihr seid verpflichtet, mit allen Mitteln eine Invasion deutschen Gebiets im Osten abzuwehren, aber Ihr könnt es nur auf revolutionärem Wege.** Ihr könnt diese Aufgabe nicht der deutschen Konterrevolution überlassen, die sich im Osten nur Prügel holen wird, und die eine Gefahr für euch selbst bildet. Gegen die deutsche Konterrevolution, die in Oberschlesien kämpft, wendet sich nicht nur die polnische Konterrevolution, sondern wenden sich auch die polnischen Proletarier in Oberschlesien, die für Generationen Unterdrückung zu kulturellen haben. Die polnische Konterrevolution ist ohnmächtig, und die polnischen Proletarier werden sich losreißen von den Schlachtzigen, wenn die deutschen revolutionären Proletarier die Lösung der ober-schlesischen Frage in die Hand nehmen, die eine volle nationale Befreiung bringt, und werden Schulter an Schulter mit einstehen, wenn es gilt, die soziale Unterdrückung abzuschütteln. Der Kampf gegen die Konterrevolution, die mit den Waffen in der Hand die nationale und soziale Unterdrückung des polnischen Proletariats in Oberschlesien verewigen will, ist der einzige Weg, der sowohl dem polnischen Proletariat Oberschlesiens die Rettung bringt, als auch das deutsche Proletariat fähig macht,

den Uebergriff des polnischen Imperialismus abzuwehren.

Was haben die Hilferdinge politisch zu sagen zu dieser Lebensfrage des deutschen Proletariats? Die „Freiheit“ schreibt:

„Statt auf das hysterische Geschrei putzschistischer Abenteuerer zu hören, muß die deutsche Arbeiterklasse erkennen, was jetzt für sie zu tun ist.“

Die bürgerlichen Parteien zwingen, die Verantwortung für ihre Politik solange zu tragen, bis sie ihre Aufgaben vor der Geschichte erfüllt haben. Bis dahin aber muß jeder Versuch, die ober-schlesischen Vorgänge zu einem nationalistischen oder zu einem putzschistischen Abenteuer auszubauen, auf den geschlossenen Widerstand der gesamten Arbeiterschaft stoßen.“

Uebersehen wir das aus der demagogischen Sprache so heißt das: Ueberläßt Oberschlesien der deutschen Konterrevolution, geht ihr Blankovollmacht und schaut in dessen gelassen zu. Wir glauben nicht, daß die unabhängigen und nicht einmal, daß die sozialdemokratischen Arbeiter sich dazu verstehen werden, resigniert die Arme zu kreuzen, während die deutsche Konterrevolution marschiert. Wir zweifeln nicht daran, daß sie es nicht für genügend halte, der deutschen Konterrevolution zuzurufen: Ihr habt die Verantwortung. In Wirklichkeit ist klar, daß, wenn das deutsche Proletariat die deutsche Konterrevolution sich nach Belieben austoben läßt, die tatsächliche Verantwortung dafür die deutschen Arbeiter tragen, denn eine Verantwortung besteht nicht nur für das Handeln, sondern auch für das Nichthandeln für das Gewährleisten der Konterrevolution.

Ebensowenig können die deutschen Proletarier in der Frage der Wiedergutmachung sich damit begnügen, der deutschen Bourgeoisie Blankovollmacht zu geben, und sich selbst hinter den Busch zu verziehen.

In der deutschen Bourgeoisie ringen im Augenblick zwei Strömungen miteinander. Die eine, die vor dem Entente glatt kapitulieren will, die sich mit dem französischen Kapital in der Weise verbinden will, daß französische Industrielle an der deutschen Industrie beteiligt werden und umgekehrt. Diese Strömung sucht vor allem wieder eine Gasgelleit zu gewinnen. Eine andere Strömung möchte die Taktik des passiven Widerstandes einschlagen und will sich den Weg nach Osten öffnen. Die deutschen Arbeiter können das Diktat der Ententeräuber nur abwehren, wenn sie der Konterrevolution im eigenen Lande entgegen treten. Nur die proletarische Revolution vermag die Riesenkräfte zu entfalten, die imstande sind, die feindliche Invasion und die imperialistische Verklammerung abzuwehren. Im Sinne dieser Abwehr, im Rahmen der revolutionären Verteidigung muß das deutsche Proletariat der Konterrevolution entgegen treten, muß sich selbst die Waffen erkämpfen. Das ist die geschichtliche Aufgabe der Arbeiterschaft in einer Stunde, wo die Bourgeoisie so oder so ihrem völligen Bankrott entgegengeht, sei es sofort, sei es nach nutzlosem Streben, die deutsche Arbeiterschaft unter das Joch eines unerträglichen Sklavenvertrages zu stellen. Auch hier ist die Alternative gestellt, entweder revolutionär zu handeln, der Konterrevolution von innen und außen entgegenzutreten, oder nichthandelnd sie zu unterstützen,

Vom roten Moskau bis zum schwarzen Meer

1) Von Max Barthel

1. Kapitel: Nach Charkow.

Der zweite Weltkongreß der kommunistischen Internationale im Kronstadt des Kreml schloß unter begeisterten Hochrufen auf die Weltrevolution, und der Italiener Serrati lang vom Präsidium, hinter sich den durch einen roten Korbachin verüllten goldenen Thron, die Carmagnole, deren Refrain von allen Genossen aufgenommen und wild und fanatisch mitgegeben wurde.

Der frühere französische Hauptmann Jacques Saboul, in Paris zum Tode verurteilt, in Moskau viel geliebt und Mitglied des Weltkongresses, schrieb in den nächsten Tagen die Liste der nach Odessa reisenden Genossen. An einem heißen Abend, dünnlich, in dem die vielen Gaskuppeln Moskaus matt aufblitzen, führen wir durch die Stadt zum Bahnhof. An unserem Zug war ein Wagen Lunatschowskis, der nach Kuban auf vier Wochen in die Ferien fuhr. Bela Kun war einen Tag vorher gekommen, und alle Zeitungen waren voll von ihm. Ein Eisenbahner fragte einen holländischen Genossen, ob er der Bela Kun sei, und ging enttäuscht weg, als der Gefragte schmerzlich verneinen mußte.

Nach Stundenlangem Warten, Pfeifen und Rangieren und Abschiednehmen fuhr unser Zug in den Abend hinaus durch die dünnlich Landschaft um Moskau, die leise an die Markt erinnert. Aber nur auf Sekunden denkt man an die Markt, denn da sind die niedrigen und russischen Holzhäuser, eine phantastische Kirchengruppe, eine weiße Birkenreihe, und dort fahren auf den primitiven Wagen die Bauern und russischen Kinder und Männer, die an alles andere erinnern, als an die Markt.

Der Wald wechselt ab mit Wiese und Feld, hölzerne Blockhäuser, hingebuckte und weit verstreute Dörfer. An den Stationen hängen Bilder von Lenin und Sowjetjernen und Sowjetjahren, die Bahnhöfe sind überlagert von roten Soldaten, von Bauern, von Arbeitern, von Frauen und Mädchen und Kindern. Russische Bahnhöfe sind immer überfüllt, mag ein Zug fahren oder nicht. In dieser unendlichen russischen Landschaft sind sie die großen Sammelbecken und Abgangspunkte.

In der Morgengröße kamen wir nach Kursk. Der Bahnhof ist weiß getüncht und vermistet, die Straßen sind endlos breit und schmutzig, über den Häusern und auf den Kirchen liegt ein feiner Hauch des Zerfalls. In diesem Augen war auf dem Marktplatz der Stadt der große Wochenmarkt, und nach dem schwarzen Brot von Moskau waren die Berge Weißbrot in Kursk gar lieblich anzusehen. Obst und Milch, Honig, Eier, Fleisch in Hülle und Fülle. Fleisch kostet 450 Rubel das Pfund, Birnen 15 Rubel das Stück, große wunderbare Äpfel 20 Rubel und kleine, süße Pfäuschen 1 Rubel. Auf dem Markt sind über tausend Personen, Käufer und Verkäufer, Bauern und rote Soldaten, Frauen, Kinder und merkwürdig viel Bettler, die in ihren Lumpen und Bettelstücken demütig von Stand zu Stand gehen und ebenso weiterwandern, ob sie etwas bekommen oder nicht. Die russischen Bettler aus den Romanen von Gorki oder Dostojewski leben immer noch. Das sind die wehmütigen Bettler, die „Brüderchen“ zu einander sagen, Menschen, die eigentlich nicht mehr zu unsere Tage hineinpassen. Auf diesem Markt wird nicht nur verkauft, es wird auch gekauft, und für Geld oder Zucker bekommt man die schönsten Dinge. Der Markt dieser Stadt ist ein Märchenland, und die Hülle der Lebenswirklichkeit übertrifft uns.

Unser Zug hat einige Stunden Aufenthalt, und auf das Gerücht unserer Ankunft hin sammelten sich um den Bahnhof gegen tausend Menschen, zu denen italienische, französische und deutsche Genossen von ihren Kämpfen in Frankreich, Italien und Deutschland sprachen. Lunatschowskis und Angelica Balabanow überließen die Reden, die in ein Meer von Begeisterung untergingen und dann von diesen Menschen in ihre Dörfer oder Städte wie ein funkendes Erlebnis getragen wurden. Immer wieder erschütterte die hingabe und Gläubigkeit des Russen an die Weltrevolution und der Gehalt der Internationale nach jedem Meeting ist immer wieder ein neues Erlebnis.

Unser Zug ist aus internationalen Wagen zusammengestellt, viel schöner und bequemer als die westlichen und für große Entfernungen, für tausend Kilometer Fahrt und noch weiter berechnet. Mit einem russischen Genossen, der früher unter Denikin in Kiew Leiter der illegalen Arbeit war, kommen wir in Diskussion. Diskussion mit den russischen Genossen sind Diskussionen über die Wurzeln aller Dinge. Die Probleme, die diskutiert werden, sind keine literarischen oder theoretischen, sie sind lösbar. So diskutieren wir heute über den Unterschied zwischen dem bürgerlichen und proletarischen Staat. In dieser Diskussion wurde mir erst ganz klar, warum Sowjetrußland seit beinahe drei Jahren allein und benutzend siegreich sich verteidigt und behauptet. Nicht nur Kanonen und Geschwehre haben den Sieg gesichert, der Sieg Sowjetrußlands ist in den Grundfesten seiner proletarischen Verfassung verankert.

Der proletarische Staat — und Sowjetrußland ist einer — ist immer mächtiger als der bürgerliche, denn er verfügt über alle Quellen des Reichtums, der Bergwerke und Wälder, über das Land und über die Ströme, über Fabriken und Banken. In seiner Hand ist alle Macht, die materielle und die geistige, aufgehäuft. Auch die Rote Armee hat andere Ziele als eine bürgerliche Armee. Der Vormarsch gegen Polen ist nicht nur ein Vormarsch auf Warschau, er ist vielmehr ein Vormarsch in die Herzen und Gehirne der Arbeiter und der Bauern. An Stelle des zerstörten Privateigentums und der gebrochenen Vorrechte der wenigen tritt das Kollektiv-eigentum und das Kollektivrecht und die Kollektivpflicht der Massen. Das imperialistische Heer kennt nur eines: Vernichtung des Feindes, Gewinnung neuer Bodenschätze, Ausbeutung des Landes und der Bevölkerung. Auch die Rote Armee marschiert gegen den Feind und schlägt ihn. Aber zugleich befreit sie die Arbeiter und die Bauern und gibt in ihre Hände ungezähltes Land und die Macht.

Der bürgerliche Staat ist trotz Kanonen und Soldaten viel schwächer als der proletarische Staat. Er ist auf viel schwächerer Basis aufgebaut. Er muß das Privateigentum achten, die Religion und die Kirche schützen, das Gesetz für die Kapitalisten machen und die Fabriken finanzieren und eigentlich nur die Befehle von einigen hundert mächtigen Sultans und Kapitalisten ausführen. Für die große Masse hat er weiter nichts als Fabriken und Zuchthäuser, und wenn er schon der großen Masse helfen wollte, er kann nicht, denn er ist selbst nur Gefangener und hat für den Hunger kein Brot, für den Obdachlosen keine Wohnung, für den Bauern kein Land und für den Arbeiter keine Arbeit. Selbst die Intelligenz muß er hungern lassen, wenn sie sich an ihn nicht verkauft.

Wir fahren durch wechselland Landschaft. Die Wälder sind heillos ganz verschwunden und endlose Felder dehnen sich links und rechts der Bahnlinie. Die braune Erde ist schwarze Erde geworden. Die Industrie kämpft irgendwo in Moskau oder Petrograd, im Ural oder im Donzbecken um ihr Dasein. In der Ukraine dominiert die Partei der großen Grundbesitzer, die uns heissen.

ist klar, daß ihre Bauernpolitik unter den verschiedenen Entwicklungsphasen ihrer Revolution schwankte. Beim Ausbruch der Oktoberrevolution 1917 waren die Bauern auf der Seite der Bolschewiki, weil sie aus ihren Händen das Land bekamen. Die erste Parole war ganz primitiv: „Bauer, nimm, was du kannst.“ Natürlich war diese Parole für die immerhin organisierte Landwirtschaft mörderisch. Zerstörung und Auflösung der großen Güterbesitze und Latifundien, Rückgang der Anbaufläche. Gewonnen haben dabei die Bauern und wurden durch diese Landzuteilung unlösbar mit den Kommunisten verknüpft. In den einsehenden Bürgerkrieg hat sich die Bauernschaft sehr stark in der Rote Armee hervorgetan. Denn Denikin oder Koltchal, Wrangel oder Judenitsch, das waren immer wieder die Hersteller der alten Ordnung, und hinter ihren Heeren kamen die Bauer und die geistlichen Würdenträger und raubten das Land.

Die Rote Armee hat Koltchal und Denikin, Judenitsch und Wrangel besiegt und das Land den Bauern gesichert. Die großen Städte kämpfen immer noch gegen Hunger, Sabotage und Transportkrise, und der Bauer hat Land. Der Bauer hat sich zum kleinen Bourgeois entwickelt, wie er überhaupt die Keimzelle der Bourgeoisie ist. Er lebt zum Teil unberührt in seinen abgelegenen Dörfern, er hat genug zu essen und ist in seine Erdhöhlen und in sein Dunkel zurückgetreten. Er ist zum Teil indifferent geworden, mit dem neuen Besitz oft feindlich gestimmt gegen die notwendige Mobilisation und Requisition. Der reich gewordene Bauer hat die Führung im Dorf übernommen, der arme oder ungegliedert ist betrogen oder überfordert. In dieser Periode griffen die Kommunisten ein. Sie trugen die Massenmobilisation und den Klassenkampf ins Dorf und gründeten die Komitees der Dorfarmut. Die Komitees der Dorfarmut, in denen die armen Bauern, die Landlosen und die Mittelbauern sitzen, sind über ganz Rußland gestreut und der neue offizielle Apparat der proletarischen Revolution geworden. Die Dorfkomitees organisieren die Brotverteilung, die Rekrutenmobilisation, die Verteilung von Manufaktur und landwirtschaftlichen Maschinen. Die kommunistische Partei mobilisierte für diese Komitees viele tausend ihrer Mitglieder aufs Land. In diesen Komitees sitzen auch zum großen Teil die aus den Städten abgewanderten Arbeiter. Natürlich haben sich auch Räuberelmente eingeschlichen, die unter der Fahne des Kommunismus ganz gewöhnliche Erpressungen begehen. Aber diese Männer erledigen sich von selbst oder werden erledigt. Die Komitees der Dorfarmut sind wie mächtige Netze, in denen sich die versteckten Vorräte der reichen Bauern jagen.

2. Kapitel: Charkow.

Der Uebergang von der braunen Erde zur schwarzen ist ein ganz jäher. Er geht wie ein Bruch durch die ganze Landschaft. In Kursk schon bekam Saboul ein Telegramm von Katsowski, dem Bolschewikbeauftragten für auswärtige Angelegenheiten der Ukraine. Katsowski telegraphierte, daß seit drei Tagen tausend und aber tausend Menschen nach dem Bahnhof strömen, die teuren Genossen und Gäste aus dem Westen zu begrüßen. Beigorod ist die erste große Station in der Ukraine, und die ganze Station ist ein feierlicher Empfang mit Blumen, Fahnen, Lüchern, Hochrufen und revolutionären Liedern. Selbst das Dach des Bahnhofs ist eine mit vielen hundert Menschen voll besetzte Tribüne. In besonderen Gruppen stehen die Mitstreiter der Jugendorganisation der kommunistischen Partei, in besonderen Reihen die roten Soldaten und die Eisenbahnarbeiter, und alle haben über besonderen Fahnen und ihre anderen Zeichen, die uns heissen.

Der Verrat der Arbeitsgemeinschaft an den Ruhrbergarbeitern

Die Politik der Arbeitsgemeinschaft ist die Politik der kapitalistischen Restauration. Die Gewerkschaften haben die Aufgabe, mit den Unternehmern und durch die Organisationen der Arbeiter die in der Arbeitsgemeinschaft übernommenen Aufgaben durchzuführen. Die Beschlüsse und Aufträge werden bestimmt von den kapitalistischen Interessen der in den Arbeitsgemeinschaften sitzenden Unternehmervertreter. Davon ergibt sich schon, daß das Unternehmertum die Politik der Gewerkschaften dirigiert.

Demnach tritt das zutage, wenn man in den Hauptstädten den Verlauf der Auseinandersetzung über Arbeitszeit und Löhne in den Ruhrbergbau sich vergegenwärtigt.

Als die Einkommensteuern die Heberhöhen nicht mehr sehr nötig hatten, wollten sie sich selbstverständlich von dem 100prozentigen Lohnzuschlag befreien, jedoch die als Ausgleich für den Lohnzuschlag eingeführten Preiserhöhungen nicht vorsehen. Prompt kündigte Herr Hue für den Bergarbeiterverband das Heberhöhenabkommen.

Ein Schiedsgericht, das für vier Tage in der Woche eine Heberhöhe vorlieb, sowie Lohnzuschläge, die nur einen Bruchteil des ausfallenden Heberhöhenverdienstes ausmachten, wurde von dem Bergarbeiterverband und von den Unternehmern abgelehnt. Der Christliche Gewerksverein stimmte dem Schiedsgericht zu. Die Grubenkapitalisten forderten höhere Preise, sonst könnten sie Lohnzuschläge nicht zahlen. Daß sie die 100 Prozent Aufgeld für die Heberhöhen in ihre Tasche sparten, verhielten sie sich.

Es wurden neue Vorschläge formuliert. Die Lohnzuschläge blieben hinter den im Schiedsgericht festgelegten zurück. Die Hue-Preise gab sich volksfreundlich, sie warf den Christen vor, daß sie durch das Festhalten an den Schiedsgerichtsurteilen eine Preiserhöhung notwendig mache.

Das Grubenkapital brauchte keine Sorge zu haben. Hues würde halb den Generalstreik kaputt machen, der den Bergarbeitern leicht die Anerkennung ihrer Forderungen bringen konnte. Kaum war gewiß, daß es nicht zum allgemeinen Streik kommen würde, da hörte man: den Grubenkapitalisten ist eine Preiserhöhung von 18 M. plus 5 M. für die Tonne bewilligt worden. Die 5 M. sollten der Beschaffung billiger Lebensmittel für die Bergarbeiter dienen.

In einer Urabstimmung lehnten die Bergarbeiter die neuen Vorschläge ab: sie wollten keine Heberhöhen mehr leisten. Schon hat die Arbeitsgemeinschaft andere Vorschläge aufgestellt, Vorschläge gegen die abgelehnten. Aber den neuen Vorschlägen stimmten die Unternehmer nur unter der Bedingung zu, daß die erwählten 5 M. nicht zur Verbilligung von Lebensmitteln abgeben zu werden brauchen. Die Regierung hat diese Forderung nicht abgelehnt. Das Kapital verbilligt seit Kündigung des Heberhöhenabkommens dreimal seine Preise. In Deutschland wurde die der Arbeiter verschickte

Die 20.000 Bergarbeiter rechnen bei 120 Millionen Tonnen Torf mit einer Steuereinnahme von 276 Millionen Mark. Ganz abgesehen von den anderen Einnahmen für Heberhöhen. Die ungeheuren Lohnzuschläge werden in Deutschland höchstens nur 7 M. für die Tonne aus. Auf eine Tonne bedarf man durchschnittlich 1,2 Tonne Torf. 100 Millionen Tonnen Torf ergeben daher 120 Millionen Mark. Die 20.000 Bergarbeiter erhalten sich 100 Millionen und 7 M. Lohnzuschlag an Tonne gleich 112 Millionen Mark. Das Kapital steckt also 104 Millionen Mark ein, eripiert jedoch den 100prozentigen Lohnzuschlag für Heberhöhen.

Der Kampf hat nun im Zaum. Aber das ist nicht alles. Als Lüttich auf den Bericht auf einen Streik der Bergarbeiter lehnten die Unternehmer die Zustimmung zu der geforderten Festsetzung der Stundenlöhne schied im Vergleich ab. Die Bergarbeiter fordern den Sechshunderttag. Man sagt sie fordern. Beschäftigt sollen sie noch — freiwillig Heberhöhen machen. Infolge des Bergarbeiterstreikes in England ist die Kohlenproduktion nach sehr anhängig. Nicht lange mehr. Eine Reihe großer Werke hat bereits verkürzte Arbeitszeit eingeführt, andere kündigen Kurzarbeit an; nicht wegen Kohlenmangels, sondern weil es an Aufträgen fehlt. Bald wird man die Kohlenproduktion auch in Deutschland einschränken.

Schon schreibt die Rheinisch-Westfälische Zeitung über die drohende Konkurrenz der englischen Kohle (Nr. 47 vom 1. Mai 1921):

England befindet sich in einer sehr tiefen wirtschaftlichen Krise. Seine Kohlenausfuhr ist im Herbst letzten von 77 auf 24 Millionen Tonnen gesunken; die amerikanische im von 10 Millionen auf 5 Millionen Tonnen gesunken, die dänische im von 10 Millionen auf 5 Millionen Tonnen gesunken. Die dänische Kohle ist besonders stark, wenn man voll entwickeltes Kohle. Die englische Kohle ist heute in Deutschland im Vergleich mit der dänischen Kohle um 20 Prozent billiger. Die dänische Kohle ist heute in Deutschland im Vergleich mit der englischen Kohle um 20 Prozent billiger. Die dänische Kohle ist heute in Deutschland im Vergleich mit der englischen Kohle um 20 Prozent billiger.

Die dänische Kohle wird werden nach Weltmarkt vertrieben werden. Sie werden im Preise gewaltig sinken. Dann werden die dänischen Bergarbeiter das dicke Ende davon zu tragen haben. Die dänischen Bergarbeiter werden die dänische Kohle zu einem Preis von 100 Mark pro Tonne verkaufen. Die dänische Kohle wird werden nach Weltmarkt vertrieben werden. Sie werden im Preise gewaltig sinken. Dann werden die dänischen Bergarbeiter das dicke Ende davon zu tragen haben.

Die dänische Kohle wird werden nach Weltmarkt vertrieben werden. Sie werden im Preise gewaltig sinken. Dann werden die dänischen Bergarbeiter das dicke Ende davon zu tragen haben. Die dänischen Bergarbeiter werden die dänische Kohle zu einem Preis von 100 Mark pro Tonne verkaufen. Die dänische Kohle wird werden nach Weltmarkt vertrieben werden. Sie werden im Preise gewaltig sinken. Dann werden die dänischen Bergarbeiter das dicke Ende davon zu tragen haben.

Ohne ungenutzte Organisationsfähigkeit Der Pressefreiheit

Einige Tage ist es unmöglich gewesen, die „Schlesische Arbeiter-Zeitung“ herauszubringen. Die Gründe dazu konnten wir nur in einer ganz kurz gehaltenen Besprechung unserer Lesern mitteilen.

Heute, da wir wieder in altem Umfang erscheinen, wollen wir die ungeheure Vergewaltigung der Pressefreiheit durch den Breslauer Polizeikommissar Uyg mit aller Deutlichkeit feststellen.

Unseren Genossen ist der Name Uyg nicht mehr unbekannt. Dieser Herr, der sehr enge Beziehungen zur Degeß hat, hat es sich zur Lebensaufgabe gemacht, den Breslauer Kommunisten das Leben so sauer als möglich zu machen. Herr Uyg ist es gewesen, der die Führer unserer Breslauer Organisation hinter Schloß und Riegel gebracht hat und der einen gewaltigen Spindelapparat unterhält, mit dessen Hilfe er auch noch täglich weitere Genossen in seine Würgarme zu bringen sucht. Der Name dieses Herren wird dem Breslauer Proletariat noch einmal in eine „gute“ Erinnerung kommen müssen!

Dieser Uyg schaltet und waltet in Breslau wie ein kleiner Gott, wie ihn sich Degeß gar nicht vollkommener wünschen kann.

So hat dieser Degeßkommissar jenseits auch der düstlichsten bürgerlichen Legalität durch die Beschlagnahme der 1. Mai-Ausgabe der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung“ die Pressefreiheit auf die niederträchtigste Weise geknebelt.

Die Beschlagnahme erfolgte, weil die meisten Artikel zum Hochverrat und zum Klassenkampf aufgereizt haben sollten. Als ganz besonders verdächtig wurden die Artikel „Kampf“, „Mai 1921“, „Der erste Mai der Jugend“, „Soll es beim Proteststreik bleiben?“ „Der Aufruf der Gewerkschaftszentrale der R.A.D.“ genannt.

Um der Polizeimilitär den Gipfel anzudecken, wurde am anderen Tage unser verantwortlicher Redakteur, Genosse Ernst Weder, aus der Redaktion herausgeschaltet.

Die Verhaftung nahm der Polizeihilfskommissar Uyg selbst vor. In seiner Begleitung befanden sich noch zwei Polizisten, von denen der eine stark nach Offiziere roch und zur Bekräftigung dieses Verdachts auch noch eine Keitpeitsche bei sich trug, wie dies es in der unverjährlichsten Manier in der Luft herumschwuppte.

Am anderen Tage kam Herr Uyg in die Deuckerei, in der unsere Zeitung hergestellt wird, und drohte dem Besitzer und dem Satzpersonal Verhaftung an, sobald sie fernere an der Herstellung der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung“ helfen.

Wenn auch in der Einnes-Republik alles möglich ist, aber eine derartige Methode ist nicht nur der bescheidensten Auffassung von Demokratie. Diese Art und Weise, eine mitleidige Zeitung zu beschließen, charakterisiert das heinliche, feindselige Vorgehen der Reaktion. Wohin derartige Methoden führen müssen, hat

Arbeitsgemeinschaft Deutschlands mit dem Einmarsch des Entenreichs das Deutsche Frankreich und den deutschen Arbeiterbewegung. Die Frau und Co. haben in ihrer Arbeitsgemeinschaft mit Stimm, in ihrer Lohn- und Arbeitsgemeinschaft alles getan, um diese verhasste Arbeiterbewegung dem deutschen und französischen Kapitalismus zu erwidern. In dem Kampf, den das deutsche Proletariat gegen die deutsche Reaktion führt, gegen den deutschen Kapitalismus und das deutsche Unternehmertum, müssen wir uns nicht scheuen, werden die Kommunisten an erster Stelle stehen. Sie werden diesen Kampf nur dann im Interesse der Arbeiterbewegung führen können, wenn die Massen der Arbeiterbewegung organisiert werden die Gewerkschaften bilden, mit dem Unternehmertum

Arbeiter, Genossen!
Denkt
an die Opfer der Weissen Justiz.
Zeichnet
die Listen der
„Roten Hilfe.“

breiten die Arbeiterbewegung aufzugeben. Die Revolutionierung der Gewerkschaften, ihre Eingliederung in die Front des Proletariats bei der unmittelbar bevorstehenden großen Auseinandersetzung mit dem deutschen Kapitalismus, ist daher dringende Tagesaufgabe der Kommunisten.

Englands Kohlen

Die wirtschaftlichen Verhandlungen zwischen Deutschland und den Schandhaften sind bisher fruchtlos geblieben. Wasan liegt das? — An der großen Ungleichheit der deutschen Unternehmern, kammert der Chorus der bürgerlichen Presse. Und die große Unwissenheit in diesem wichtigen Konflikt spielt die unabhängige, angebliche sozialdemokratische „Freiheit“ und beweist damit, daß ihr jeder Sparmaßnahme Erkenntnis der Zusammenhänge mangelhaft ist. — Nicht mehr ist nach London zu schreiben, hat schließlich, wenn auch ohne direkte Kommunikation, so doch recht unerbittlich Herr Rudolf Steinitz in einem Vermittler der „Freiheit“ geschrieben: „Wenn Sie ein Ael mit sich in die Verhandlungen führen, so ist ihr mal sehen, wie alles sich nach Berlin geben wird.“ — Man, von Herrn Steinitz, der die ganze Weltbewegung lang im Namen bürgerlicher Parteien hand, kann natürlich niemand erwarten, daß ihm im 3. Jahrzehnt eines Kaltes noch ein Verständnis für den Geist der Sozialisten mitgeben würde, bloß weil er sich einige schone Läuse in den Köpfen eines Kapitalisten der sozialdemokratischen Partei leig. — Und schließlich hat es mit Rudolf Steinitz, der hat von Seiten der Sozialisten schon seit Jahren im den Köpfen eines Kapitalisten der sozialdemokratischen Partei leig. — Und schließlich hat es mit Rudolf Steinitz, der hat von Seiten der Sozialisten schon seit Jahren im den Köpfen eines Kapitalisten der sozialdemokratischen Partei leig.

Die Verhandlungen können zu keinem Resultat führen, weil der sehr große wirtschaftliche Gegensatz nicht mit Nebenwerten aus der Welt zu schaffen ist. Die sogenannte „Gleichheit“ der Unternehmern, kann man sich die Reaktion eine Zeit lang über die Gegenstände hinwegsetzen, aber immer und immer werden die Gegensätze immer größer und größer werden, bis hin zu einem Kampf gegen die Unternehmertum.

natürlich das sozialdemokratische Organ, die „Volkswacht“ bis jetzt noch nicht wegbehalten.

Nur das unpolitische Blatt „Die freie Meinung“ hat sofort begriffen, daß das Los, was heute das Kommunistenblatt trifft sehr bald und schnell auch andere Blätter treffen kann, wenn sie sich einmal erlauben sollten, anders zu tanzen, als die Degeß pleiß.

Aber freilich, die sozialdemokratischen Führer sind ja so auch mit der Reaktion verschwuert, daß sie diese Möglichkeit nicht zu fürchten brauchen.

Andererseits hat natürlich auch die „Volkswacht“ allen Grund, die Wahrheit nicht an das Licht kommen zu lassen. Es müßte sonst den sozialdemokratischen Arbeitern an der Hand dieser Beispiele gesagt werden, daß vor der Reaktion nicht erst noch gewarnt zu werden braucht, weil sie sich bereits mitten unter uns befindet.

Diese schamlose Knebelung der Pressefreiheit durch den Breslauer Polizeikommissar Uyg ist eine sehr deutliche Illustration hierzu. So hat die wenigswichtige „Volkswacht“ noch nicht einmal über die Beschlagnahme der Arbeiterzeitung und über die notwendigen Verhaftungen von Breslauer Kommunisten ein Wort gesagt, daß sie ein Wort des Protestes gefunden hätte zu dieser einzigartigen Attente der Reaktion.

Der von dem Scherpersonal eingelegte Protest hat nichts genützt.

Degeß-Uyg hat sein Ziel erreicht, unbelümmert um diese Vergewaltigung der Pressefreiheit und ohne Sorge darum, daß sozialistische Familienväter brotlos geworden sind.

Diese Schandtat muß auf das große Schuldkonto der Reaktion gesetzt werden!

Aber Herr Uyg war noch nicht beruhigt. Dem Geschäftsführer konnte es doch gelingen, noch irgendwo anders eine Möglichkeit zum Bruch aufzufindern.

Und deshalb wurde auch noch der Geschäftsführer unserer Zeitung, Genosse Bernhard Kuhl, verhaftet.

Unter jänkelles Wiedererscheinen zeigt aber Herr Uyg, daß wir uns so schnell nicht unterbehalten lassen.

Wir sind wieder da!

Wir glauben es den Reaktionen, einschließlich den rechtssozialistischen Vongen, daß wir ihnen in der gegenwärtigen Situation sehr im Wege sind.

Sie müßten gerade hier in Schleifen gern unter sich sein und mit ihren Schlichen und Kniffen das Volk betrügen und belügen wie 1914.

Aber weit gefehlt.

Die „Schlesische Arbeiter-Zeitung“ wird gerade jetzt doppelt auf dem Fuß sein!

gar keine. Folglich muß die Wirtschaft kapitalistisch wieder aufgebaut werden. Und nun kommt zur kapitalistischen die nationalsozialistische Bewegung. Doch allen Gerades über Weltwirtschaft reicht ihr Blick doch immer nur bis in den eigenen Landesrahmen. Aus eigenen Kräften kann Deutschland, das ist ganz klar, seinen Kapitalismus nicht wieder aufbauen. Es braucht dazu Geld, Kredit in irgend einer Form, sei es in Geld oder in Waren. Woher sollen die kommen? — Nun, da doch bei uns in Deutschland die Wirtschaft nur deshalb in solche Trostlosigkeit geraten ist, weil wir den Krieg verloren haben, so müssen die anderen, die den Krieg gewonnen, offenbar im Uebermaß beschließen. Vielleicht nicht gerade Frankreich, dessen Boden verunreinigt wird, aber sicher doch England und Amerika, die haben es dazu, die müssen uns helfen können! Daher das Verlangen, von jenen Ländern, in deren eigenem Interesse, Unterstützung der Wiederaufbau und aktive Hilfe herauszukriegen.

Diese Hoffnung ist schon deshalb falsch und kindlich, weil sie auf die nahen Ursachen und Ziele des Weltkriegs keine Rücksicht nimmt. Natürlich, wer seine Zeit damit verchwenden, in den diplomatischen Beziehungen vom Juni und Juli 1914 aufzuheben, wie die deutschen Staatsminister dazumal sich geäußert und gepredigt haben, dem werden die wirklichen Ursachen und Ziele des Weltkriegs stets ein Buch mit sieben Siegeln bleiben. In Silberdinge „Finanzkapital“ und in Rosa Luxemburgs „Kumulation des Kapitals“ findet man besseren Aufschluß darüber. Doch davon wollen wir ein andermal sprechen. Dagegen ist es leicht, am tatsächlichen Stand der Dinge aufzuzeigen, daß jene Länder, selbst wenn sie der deutschen Kapitalismus auf die Beine helfen wollten, es gar nicht können, fernermal sie selbst gar nicht so sehr viel weiter von der Katastrophe entfernt sind als Deutschland.

Nehmen wir z. B. England. Man weiß ein besonders deutliches Zeichen des Verfalls in Deutschland ist der enorme Rückgang der Kohlenproduktion. Rechnet man Steinkohle und Braunkohle nach ihrem Heizwert zusammen (wobei die Braunkohle als zwei Reumtel der Steinkohle gilt), so wurden in den heutigen Grenzen Deutschlands im Jahre 1913 209 Millionen Tonnen gefördert, 1920 dagegen nur 166 Millionen Tonnen. Trotzdem die Förderung gegenüber 1919 schon wieder etwas gestiegen war, blieb sie dennoch um ein rundes Hundert hinter dem zurück, was vor dem Kriege geleistet wurde.

Müssen nun nicht die Vertreter jener kapitalistischen Aufbautheorie Mund und Nase aufsetzen, wenn sie erfahren, daß es in England fast genau ebenso aussieht! Es wurden in England an Kohlen produziert: 1913 267 Millionen Tonnen, 1914 266 Millionen Tonnen, 1917 246 Millionen Tonnen, 1918 227 Millionen Tonnen, 1919 230 Millionen Tonnen und 1920 229 Millionen Tonnen. Das ist ebenfalls ganz genau der fünfte Teil, um den die Produktion des Jahres 1920 hinter der des Jahres 1913 immer noch zurückbleibt. Man lese nur in den bürgerlichen Blättern, was für verhängnisvolle Folgen gerade diese mangelhafte Kohlenproduktion für die gesamte Wirtschaft eines Landes hat. Soll das für England nicht ebenfalls gelten?

Natürlich in England noch nicht ganz so weit herunter wie wir. So z. B. ist es den Engländern bisher möglich gewesen, ihren steigenden Konsum trotz des katastrophalen Ausfalls sich ganz auf der alten Höhe zu halten; es wurden nach wie vor rund 190 Millionen Tonnen im Lande verbraucht. Man beschränkte die Ausfuhr und die Versorgung fremder Schiffe. Aber auch das hat seine Grenzen und das ganze zeigt doch, daß in England die Wirtschaft gerade so auf dem absteigenden Wie sie befindet wie bei uns. Der Gegensatz bricht allmählich an den Tag: die deutschen Kapitalisten schauen sehnsüchtig nach der Hilfe aus England und Amerika, die dortigen Kapitalisten — für Amerika werden wir es noch zeigen — warten ebenso gierig und verzweifelt auf die Milliarden, die aus Deutschland kommen sollen, um ihre Wirtschaft wieder aufzubauen. Dagegen helfen keine diplomatischen Redensarten, und wenn sie selbst aus dem Munde eines Reichsweid kommen. Dagegen hilft nur der kommunistische Aufbau.

Verantwortlich: „Sozialistischer Verlag e. G. m. b. H.“ Verantwortlich für den gesamten Inhalt: Ehrenfried Wagner, für den Text: „Sozialistischer Verlag e. G. m. b. H.“, Breslau. Druck: Fritz Wolf e. G. m. b. H., Berlin E. 14.